

KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 48, 14. November 2011

Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig

Angela Merkel rudert beim Mindestlohn zurück: Untergrenze ja, Einheitsbetrag nein. Für die SPD-Fraktion steht fest: Irgendwelche Lohnuntergrenzen helfen nicht. Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann – unabhängig von ergänzender Sozialhilfe. Deshalb fordern die Sozialdemokraten einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von einheitlich 8,50 Euro pro Stunde. Vergangene Woche wurde bekannt, dass die Antragskommission der CDU dem Bundesparteitag empfehlen will, „eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert.“ Ein Vorstoß, der auf den ersten Blick nach einer Wende der Union hin zu einem allgemeinen Mindestlohn aussieht – und prompt auf heftige Kritik innerhalb der CDU und beim Koalitionspartner FDP stieß. Von einer „Diskussion zur Unzeit“ sprachen die einen (Michael Kretschmer, Unions-Fraktionsvize und Generalsekretär der CDU Sachsen), von einer „Gespensterdebatte“ die anderen (Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates). FDP-Parteivizin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sagte: „Die FDP kann sich auf das Abenteuer eines gesetzlichen Mindestlohnes nicht einlassen.“ CDU-Chefin Merkel ruderte zurück und stellte klar: Sie wolle keinen einheitlichen Mindestlohn, sondern regional- und branchenspezifische Regelungen. Wer behauptet, er wolle eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze, kann keine branchenbezogenen oder regionalen Abweichungen hinnehmen, kritisierte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am 09. November die Kanzlerin in der Aktuellen Stunde des Bundestages. Merkel mache „die Lohnuntergrenze zum Schweizer Käse.“ Die SPD kritisiert unter anderem die in dem CDU-Vorschlag vorgesehene Beschränkung der Lohnuntergrenze auf Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt. Es gibt Tariflöhne wie beispielsweise der Tariflohn für Friseurinnen und Friseure in Sachsen, der gerade mal etwas über 3 Euro liegt. Die SPD hält es für falsch, solche Bereiche von einer allgemeinen Mindestlohnregelung auszunehmen. Für die SPD-Fraktion steht fest: Eine zu niedrige allgemeine Lohnuntergrenze bringt nichts. Der Mindestlohn muss die Beschäftigten unabhängig von ergänzender Sozialhilfe machen – auch im Alter.

G20-Gipfel unterstützt SPD-Forderung zur Armutsbekämpfung und Sozialen Sicherung

Anlässlich der Ergebnisse des G20-Gipfels zur Sozialen Sicherung in Cannes erklärt die zuständige Berichterstatterin in der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth: „Die Beschlüsse des G20-Gipfels in Cannes zum Auf- und Ausbau von sozialen Sicherungssystemen als wirksames Mittel zur weltweiten Armutsbekämpfung sind richtig. Damit unterstützen die Staats- und Regierungschefs eine zentrale Forderung des SPD-Antrags "Soziale Sicherung als Motor solidarischer und nachhaltiger Entwicklungspolitik". Die Vertreter der führenden Industrie- und Schwellenländer, sowie der Europäischen Union hoben in der Abschlusserklärung die Bedeutung eines sozialen Basisschutzes (Social-Protection-Floor) für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gerade in den wenig entwickelten Ländern besonders hervor. Das Konzept eines Social-Protection-Floors garantiert eine soziale Mindestabsicherung für alle Bevölkerungsgruppen - vor allem für die Ärmsten und für die Beschäftigten im informellen Sektor. Das Besondere an dem Konzept ist, dass es an die nationalen Gegebenheiten angepasst wird. Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet von der Bundeskanzlerin und ihrem Entwicklungsminister, dass sie ihre Beschlüsse nunmehr auf nationaler und europäischer Ebene uneingeschränkt unterstützen. Dazu gehört einerseits, dass die Soziale Sicherung wieder integraler Bestandteil einer menschenrechtsorientierten und nachhaltigen deutschen und europäisch abgestimmten Entwicklungspolitik werden muss. Andererseits muss die Bundesregierung "Soziale Sicherung" als Zielgröße in Höhe von 100 Millionen Euro wieder in den Bundeshaushalt aufnehmen. Schließlich muss die Bundesregierung die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bis zur 101. Arbeitskonferenz im Jahr 2012 und darüber hinaus dabei unterstützen, die Handlungsempfehlungen für die Umsetzung des Social-Protection-Floors in den Partnerländern zu entwickeln.“

Den SPD-Antrag "Soziale Sicherung als Motor solidarischer und nachhaltiger Entwicklungspolitik" finden Sie in der Anlage.

Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter www.karin-roth.de

Debatte zur Finanzmarktregulierung

Lange haben sie nur laviert, nun endlich wollen die Fraktionen von CDU/CSU und der FDP die Finanzmärkte effektiver regulieren, wie es in ihrem Antrag heißt, der am 11. November im Bundestag zur Abstimmung stand. Doch letztlich steht darin nichts außer wohlklingenden Ankündigungen. Nicht zuletzt deshalb hat die SPD-Fraktion zeitgleich einen Antrag ins Parlament eingebracht. „Neuer Anlauf zur Finanzmarktregulierung erforderlich“ (Drs. 17/7641, Anlage) lautet der Titel. Darin kritisiert die SPD-Fraktion vor allem, dass nach den Forderungen des G20-Gipfels im November 2008, wonach kein Produkt, kein Akteur und kein Markt unreguliert bleiben darf, kaum etwas geschehen ist. Steuerzahler haften auch weiterhin für die hochriskanten Geschäfte von Banken und Spekulanten. Vorschläge des damaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück wurden von der FDP stets abgelehnt, Steinbrück konnte viele Forderungen in der damaligen Großen Koalition mit der Union nicht durchsetzen. Die Bundesregierung, heißt es in dem SPD-Antrag, hat es als viertgrößte Macht der Welt versäumt, die Verhandlungen voranzutreiben und die Initiative zu ergreifen. Der Antrag der SPD betont, dass für die Politik weltweit die wichtigste Aufgabe sei, die Gestaltungsmacht zurückzugewinnen. Denn jede Maßnahme schaffe Gegenbewegungen. Und so sei es zu der Bewegung Occupy gekommen. Und die Unruhe unter den Menschen wachse: In dieser Krise geht es um mehr als um Geld, es geht um Vertrauen in die Demokratie. Es muss Schluss sein für die Banken mit dem Rohstoffhandel, Geschäfts- und Investmentbanken müssten getrennt werden, und der Handel mit Derivaten und Rohstoffen darf nur noch auf transparenten Handelsplattformen stattfinden. Die Eigenkapitalquote von Finanzinstituten muss gesteigert werden in Kombination mit einer Verschuldungsbegrenzung. Weitere Forderungen des Antrags: Es muss ein wirksamer, europäischer Rekapitalisierungsmechanismus per Gesetz auf den Weg gebracht werden. Es bedarf eines Ausschüttungsverbotes von Dividenden auf zukünftige Gewinne zugunsten einer Verbesserung der Eigenkapitalbasis. Der Schattenbanksektor (Fonds) muss umfassend reguliert, ein Transparenzregime eingerichtet werden. Eine europäische Bankenaufsicht muss installiert werden und eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.

Der SPD-Antrag wurde vergangenen Freitag mit schwarz-gelber Mehrheit abgelehnt. Die Grünen haben ihm dagegen zugestimmt.

Betreuungsgeld hält Kinder von früher Bildung fern

Die schwarz-gelbe Koalition hat am 6. November das auch in ihren eigenen Reihen umstrittene Betreuungsgeld beschlossen. Es ist vorgesehen, Eltern, die ihre Kinder nach den ersten zwölf Monaten nicht in einer Krippe oder in einer Tagespflegestelle betreuen lassen, von 2013 an monatlich 100 Euro zu bezahlen. Von 2014 an sollen es 150 Euro pro Monat sein. Insgesamt werden dem Bundeshaushalt so jährlich Kosten in Höhe von 2 Milliarden Euro entstehen. In einer von der SPD-Bundestagsfraktion beantragten Aktuelle Stunde in der vergangenen Sitzungswoche bezeichnete Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier das Betreuungsgeld als „familienpolitischen, finanzpolitischen, integrationspolitischen, frauenpolitischen und wirtschaftspolitischen Unsinn“. An die Abgeordneten der schwarz-gelben Koalition, die das Betreuungsgeld ablehnen, richtete er die Bitte, diesen verhängnisvollen Weg nicht mitzugehen.

Die SPD wird dem Betreuungsgeld nicht zustimmen, da damit die Weichen falsch gestellt werden. Das Betreuungsgeld setzt als Fernhalteprämie die Chancen der Kinder aufs Spiel, die frühe Bildung am nötigsten haben. Erst vor Kurzem haben wir von Schwarz-Gelb anlässlich des 50. Jahrestages des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens Reden gehört, die betonten, wie wichtig es sei, dass Kinder aus Migrantenfamilien vor dem Schulbesuch die deutsche Sprache erlernen. Doch nun hat die Koalition sich mit der Einführung der Bildungs-Fernhalteprämie dafür entschieden, einen Anreiz zu schaffen, um genau diese Kinder aus den Kitas fernzuhalten. Die 2 Milliarden Euro, die dafür verschwendet werden, sollten in den Ausbau von Krippenplätzen und die Finanzierung von Erzieherinnen und Erziehern investiert werden. Denn nach aktuellen Berechnungen fehlen 233.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, um den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung erfüllen zu können. Mit den 2 Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld jährlich kostet, könnten rund 50.000 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden.

Einige interessante Zitate rund ums Betreuungsgeld:

Miriam Groß (FDP) im Bundestag, 26.09.2008: „Mit dem Betreuungsgeld verstärken wir den Teufelskreis, in dem Kinder, die von zu Hause keine Chance auf frühe Bildung (...) haben, vom Kindergarten ausgeschlossen werden, weil ihre Eltern mit 150 Euro lieber ihre Haushaltskasse aufbessern. (...) Haben Sie vielleicht auch einmal an die Kinder gedacht, anstatt nur an die potenziellen CSU-Wähler-Eltern, die Sie mit diesem Geschenk vor der Wahl ködern wollen?“

Aus dem **Kommentar der Süddeutschen Zeitung vom 8.11.2011:** Jetzt lässt sich ausgerechnet die FDP mit der CSU auf genau diesen Deal ein: „Das Betreuungsgeld ist das Resultat eines politischen Kuhhandels in der Bundesregierung: Die FDP darf Steuersenkungen vermelden, dafür kriegt die CSU ihre Kita-Verzichtsprämie“